



Haushalts-Rede GABL-Fraktion, Dr. Bernd Murschel, Birgit Widmaier 01.02.2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Horn,
sehr geehrter Herr Finanzbürgermeister Dr. Vonderheid,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Bei der Einbringung des Haushaltes 2010 – also vor einem Jahr - hatten wir von der GABL angemahnt, dass dieser nicht beim Sparen ansetzt, sondern die Verwaltung das Geld durch massive Erhöhungen bei kommunalen Gebühren und Steuern einreibt. Nur durch eine strikte Ausgabendisziplin ist mittelfristig eine solide Haushaltsführung denkbar. Wir hatten von einem Novum in der Geschichte der Stadt gesprochen und damit den unglaublichen Anstieg der Schulden in den nächsten Jahren auf rund 100 Millionen Euro gemeint.

Kaum zu glauben, aber diese Situation kann man sogar noch toppen. Dies zeigt der jetzige Haushaltsentwurf für das Jahr 2011. Mit dem **Verkauf des städtischen Waldes** wollte die Verwaltung das Defizit im Haushalt stopfen. Was Jahrhunderte im Eigentum der Gemeinde Eltingen war, sollte nun meistbietend verschербelt werden. Ein letzter Rettungsanker einer untergehenden Stadt?

Der Waldverkauf ist nun erst mal vom Tisch. Dies ist in erster Linie dem Leonberger Gemeinderat zu verdanken, der die Einbringung dieses Haushaltsentwurfes im November ablehnte. Herr Dr. Vonderheid sprach seitdem – etwas verschnupft - von seiner „nichtgehaltenen Haushaltsrede“. Glück hatte der Wald dann, dass die gute Konjunktur die städtische Einnahmeseite kurzfristig und so weit verbesserte, dass ein genehmigungsfähiger Haushalt auch ohne den Waldverkauf nun vorliegt.

Von einer Haushaltskonsolidierung oder auch nur ansatzweisem mittelfristigen Schuldenabbau kann aber keine Rede sein. Vielmehr müsste die Überschrift über diesen Haushalt heißen: „weiter so wie bisher.“ Wir erwarten von der Verwaltungsspitze Vorschläge, wie durch Aufgabenreduzierung und Anpassung der Standards mittelfristige Einsparungen erfolgen. Das Entlang hangeln von einem Jahr zum anderen, von Haushalt zu Haushalt, ist nicht die Lösung, sondern demotiviert Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Organisationen und nicht zuletzt den Gemeinderat.

Der Weg zur Haushaltskonsolidierung ist steinig aber notwendig. Die Stadt braucht dazu auch die Unterstützung von Bund und Land. Der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze für die unter 3-jährigen wird eine weitere Herausforderung, sowohl finanziell wie auch organisatorisch. Im jetzigen Haushaltsentwurf ist dieses Thema nicht aufgenommen. Wir kritisieren dies, da durch den Ausbau der Betreuungsplätze die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie gerade für Frauen wesentlich verbessert wird. Allerdings sehen wir auch das Land in der Verantwortung. **Lediglich die Formulierung eines Rechtsanspruches und ansonsten die Umsetzung den Kommunen überlassen, das ist deutlich zu wenig.** Das Land muss sich bei den Personalkosten stärker beteiligen.

Bildung

Das Thema Bildung ist auf der Agenda immer ganz oben. Leonberg ist ein guter Schulstandort, dessen Qualitäten aber gesichert werden müssen. Der Ausbau zu Ganztageseinrichtungen läuft, nicht zuletzt durch die neue Mensa. Die pädagogischen Konzepte für verbindliche Ganztageschulen mit stärkerer individueller Förderung sind dagegen erst in Ansätzen erkennbar. Auch der demographische Wandel macht vor Leonberg nicht halt. Zwar sind im Mittelfristbereich die Schülerzahlen konstant, aber es wird zu Verschiebungen zwischen den Schularten kommen: Weg von der Haupt- und Werkrealschule hin zu den Gymnasien.

Zusammen mit dem Ausbau der Ganztageseinrichtungen wird die beabsichtigte Senkung des Klassenteilers einen höheren Raumbedarf erfordern. Wir erwarten dafür eine Konzeption der Schulleitungen und des Schulträgers.

Kinder- und Jugendarbeit

Im letzten Jahr hat der Gemeinderat die Neuordnung der Kinder- und Jugendarbeit beschlossen. **Damit wird erstmalig die offene Kinder- und Jugendarbeit, die mobile Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zu einer ganzheitlichen Betreuung zusammengefasst.** Mit dieser Flexibilisierung der Kinder- und Jugendarbeit soll eine an den Bedarfslagen der Kinder und Jugendlichen orientierte Gewichtung erfolgen. **Dabei leisten alle Bereiche der Jugendarbeit ihren wichtigen Beitrag.**

Die Jugendarbeit unterstützt die Kinder und Jugendlichen bei ihrer Persönlichkeitsentwicklung, stärkt die sozialen Kompetenzen und unterstützt im Übergang zwischen Schule und Beruf. Auch hier fordern wir, dass sich das Land wieder zu einem Drittel an den Kosten der Jugendsozialarbeit beteiligt.

Unverzichtbar ist uns die breite und gut aufgestellte Kinder- und Jugendarbeit in den Vereinen und Organisationen. Das dortige große ehrenamtliche Engagement ist durch die Stadt nicht zu ersetzen.

Bäder

Ein Wort zur Bäderlandschaft. **Es ist keine Frage, Leonberg braucht ein Bad. Für die Bürger und Vereine und für den täglichen Sport der Schüler.** Richtig bleibt aber auch, dass in der Vergangenheit keine klare Konzeption für die zukünftige Bäderlandschaft entwickelt wurde und nun zunehmend aufwändige Reparaturmaßnahmen anstehen. Noch in diesem Monat wird es dazu eine Klausurtagung des Gemeinderates geben. Die GABL wird sich dort mit eigenen Vorschlägen einbringen. Ideen z.B. auch vom DLRG liegen ja schon auf dem Tisch.

Wirtschaftsförderung und Gewerbegebiete

Leonberg steht im Wettbewerb mit den Nachbarkommunen im Kreis und der Region. Das macht sich ganz besonders bei der Frage der Schaffung von Arbeitsplätzen und den Gewerbesteuererträgen bemerkbar. Ob Renningen mit der Ansiedlung von Bosch, dem Flugfeld in Böblingen – Erweiterungsflächen stehen ausreichend zur Verfügung.

Wie kann da Leonberg mithalten? **Primär sollten die noch vorhandenen freien Flächen, Brachen und untergenutzten Flächen verwendet werden.** Wir wollen keine Neuausweisung von Gewerbeflächen auf der grünen Wiese. Das Erschließungstempo der letzten Jahre – und der damit verbundene Flächenverbrauch – gibt uns einen

Spielraum von mehreren Jahren. **Für den eher unwahrscheinlichen Fall, dass ein Investor eine größere Fläche beansprucht, könnten wir uns vorstellen in die Bauleitplanung einzusteigen. Ohne dabei in die Erschließung zu gehen.**

Stadtumbau

Der Stadtumbau Leonberg-Mitte ist keineswegs in trockenen Tüchern. Ganz im Gegenteil, mit der Insolvenz von Teilen des Häussler-Imperiums steht die weitere Entwicklung in den Sternen. Gerade heute wird in der Presse die weitere Insolvenz von zwei Geschäftsbereichen von Häussler berichtet. Das sieht für die Zukunft düster aus und wir sollten uns umgehend nach anderen Lösungen umsehen.

Verwaltung und Gemeinderatsmehrheit wollen einen Bebauungsplan nach Wünschen des insolventen Investors entwickeln. Das war schon zu Anfang falsch, aber jetzt wäre die Zeit, Vernunft einkehren zu lassen. Sowohl die vorgesehene Konzentration im Einzelhandel, als auch die verkehrliche Abwicklung und Erschließung sind unausgereift und würden Leonberg eher schaden als nützen. **Wir wollen keine In-sellösung, sondern ein integriertes Stadtzentrum für die Bürger. Dabei sollte auch Platz für ein Haus für Mehrgenerationenwohnen sein. Ein vorbildliches Energiekonzept könnte ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz sein.**

Umwelt, ÖPNV, Luft

Seit Jahren sind wir uns alle einig, dass dringender Handlungsbedarf besteht, die Verkehrs- und Luftschadstoffbelastungen im Stadtgebiet zu reduzieren. Doch leider lässt auch dieser Haushaltsplanentwurf kein schlüssiges Konzept erkennen, dieses Ziel zu erreichen. Dabei läge die Lösung auf der Hand: **Nur durch Ausbau von ÖPNV, Fuß- und Radwegen und modernen Konzepten zum Thema "Mobil ohne Auto" kann der Verkehr in Leonberg nachhaltig reduziert werden.** Leider ist und bleibt dies Flickwerk, es wurden sogar Fehlentscheidungen getroffen wie z.B. die Mischfläche in der Neuen Stadtmitte, wo jeder sehen kann, wie schwierig die gemeinsame Nutzung für Radfahrer und Fußgänger ist wenn dann auch noch Werbeaufsteller, Kleiderständer und Tische und Stühle im Weg stehen. Hier müssen dringende Prioritäten verschoben werden. Daher beantragen wir, dass 20% der Mittel für die Verkehrsinfrastruktur in Rad- und Fußwege investiert werden. Und auch das Thema Carsharing muss von der Verwaltung konsequenter unterstützt werden, da wir uns neben dem Effekt auf die Verkehrssituation davon auch Einsparungen im Bereich städtischer Fuhrpark versprechen.

Noch ein paar kurze Sätze zum Thema Energie

Man sollte meinen, dass der Einsatz von fortschrittlichen Zukunftstechnologien auch in Leonberg inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Doch weit gefehlt. Man glaubt es kaum, aber im Bebauungsplan "Stadtumbau Leonberg-Mitte" steht tatsächlich der Satz *"Energieanlagen auf den Dachflächen (Solar- und Photovoltaikanlagen) sind nicht zulässig"*. Solche Fehler dürfen einfach nicht passieren. **Gerade das Häussler Areal, aber auch andere Neubaugebiete wie Ezach 3 dürfen nicht rückwärtsgewandt sondern müssen zukunftsweisend geplant werden.** Wir brauchen Nahwärmenetze, bei denen mit Hilfe von Kraft-Wärme-Kopplung unter Einsatz regenerativer Energien bzw. nachwachsender Rohstoffe der Wirkungsgrad erhöht und damit erheblich Energie eingespart wird. Denn Klimaschutz beginnt vorort. Und die jährlichen Energieberichte zeigen, dass man mit den richtigen Investitionen in diesem Bereich sogar finanziell einiges einsparen kann.

Unsere Anträge

Ich komme nun zu unseren Anträgen. Wir haben zunächst einmal **verschiedene Anträge zu einigen Personal- Verwaltungs- und Planungskosten gestellt**, die - auch im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2009 - zu hoch angesetzt wurden. Details dazu sind unserer Antragsliste zu entnehmen.

Weiterhin beantragen wir im Bereich Gebäudemanagement eine Kürzung um 500.000 Euro. Wir haben in den letzten Monaten mit höchster Konsequenz bei diversen Einrichtungen Kürzungen im zum Teil deutlich zweistelligen Prozentbereich beschlossen. Indem wir unsere weichen Standortfaktoren dermaßen geschwächt haben, haben wir nebenbei gesagt unsere Wettbewerbsfähigkeit nicht gerade gestärkt. Aber wenigstens wäre doch zu erwarten gewesen, dass sich die Konsequenz der Sparbemühungen auch innerhalb der Verwaltung im Bereich Gebäudemanagement fortsetzt. Aber ganz im Gegenteil, hier ist der Planansatz 2011 im Vergleich zu 2010 sogar um über 5 % gestiegen. Es ist aber unserer Meinung nach unumgänglich, hier wenigstens einen minimalen Sparbeitrag von etwa 3% zu erbringen. Allerdings beantragen wir ausdrücklich, dass keine weiteren Einsparungen bei den Hausmeistern und Putzkräften vorgenommen werden dürfen. Die von der Verwaltung geplante Ausgabensteigerung führt zu der paradoxen Situation, dass die verschiedenen Einrichtungen zwar ganz erhebliche Einschnitte hinnehmen mussten, unterm Strich werden aber durch die gestiegenen internen Verrechnungen des Gebäudemanagements diese Einsparungen wieder aufgefressen. Das ist unserer Meinung nach so nicht hinnehmbar.

Ein weiterer Punkt betrifft S21:

Wir stellen hiermit den Antrag, dass die Mittel, die Leonberg über die Regional- und Kreisumlage für Stuttgart 21 zahlt (das sind immerhin 2 Millionen € über 10 Jahre verteilt), gestrichen werden. Die Schlichtung hat gezeigt: S21 ist zu teuer, hat erhebliche Sicherheitsmängel und es hat negative Auswirkungen auf den regionalen Nahverkehr. Dies wird auch durch „Stuttgart 21 plus“ nicht besser - es wird höchstens noch teurer. Das Gebot zur wirtschaftlichen Haushaltsführung verbietet es der Stadt, so viel Geld für ein Projekt auszugeben, das nachweislich keinen den Kosten entsprechenden Nutzen für uns bringt.

Fazit zum Haushalt in Leonberg:

In erster Linie braucht es sicher eine verlässliche Partnerschaft Kommune, Land, Bund, damit die Kosten für die Zukunftsaufgaben wie Bildung und Kinderbetreuung gemeinsam geschultert werden. Obwohl viele wissen, wie es um die Kommunen steht, tut sich hier nicht viel. Hier gilt es nicht nachzulassen und eine ausreichende Finanzierung der Kommunen zu fordern.

Sorge bereiten muss uns auch die Entwicklung der Zinsausgaben. Die Zinsen werden auf jeden Fall wieder steigen, was bei höherem Schuldenstand zu einer noch höheren Belastung führt. Hier muss vorgesorgt werden.

Was können und müssen wir hier in Leonberg aber konkret tun:

1. wir brauchen eine **solidere Kostenplanung** im Vorfeld und bessere Folgekostenabschätzung, die nicht über Jahrzehnte belastet. Bessere Planung und Koordinierung der auszuschreibenden Leistungen insgesamt, hier möchte ich nur als Stichworte Ludwig-Wolker-Haus und Wichern-Kindergarten nennen.

2. **Reduzierung der Standards.** In vielen Bereichen scheint uns dies noch nicht verwirklicht zu werden, die Beschaffung orientiert sich noch zu sehr an dem wie Verwaltungen arbeiten und nicht wie ein Privatmann oder eine Privatfrau denken würde.
3. Über eine **interkommunale Zusammenarbeit** können Synergien genutzt werden, hier sind wir mit der Sozialstation und dem Rechnungsprüfungsamt bereits auf dem richtigen Weg. Wir sollten uns dazu auch in anderen Bereichen noch verstärkt Gedanken machen und dies ohne Vorbehalte prüfen, z.B. bei den Bädern, der Feuerwehr, der Volkshochschule.
4. Wir müssen konsequent weiter überlegen, wie wir **durch strukturelle Veränderungen zusätzliche Einnahmen** erwirtschaften können. So muss z.B. beim Auslaufen der Konzessionsverträge genau geprüft werden, welche Konstruktion langfristig der Kommune höhere Einnahmen und den Bürgern bezahlbare Strompreise sichert.
5. wir müssen noch stärker in die **Vermarktung von bestehenden Gewerbeflächen eintreten**. Hier liegt das Geld im wahrsten Sinne brach. Kreative Überlegungen wie das gemacht werden kann, sind mehr denn je gefordert.

Meine Damen und Herren, Herr OB: niemand von uns – damit meine ich alle Fraktionen – kann die verfahrenere Haushaltssituation kurzfristig lösen. **Wir benötigen strukturelle Maßnahmen, die im Einvernehmen mit der Verwaltung und einer starken Mehrheit im Gemeinderat durchgeführt werden.** Davon sind wir noch weit entfernt. Wir brauchen eine andere Diskussionskultur und einen anderen Umgang mit Vorschlägen aus dem Gemeinderat. Denn dies zieht sich leider wie ein roter Faden durch die Diskussionen der vergangenen Jahre. Wo die Verwaltung nicht will, dass gespart wird, werden dem Gemeinderat kaum Informationen gegeben und im wahrsten Sinne auf stur geschaltet.

Dies trägt zu einem Klima bei, das für die Aufgaben, die zu bewältigen sind, nicht förderlich ist. Auch die Bürger müssen verstärkt in diese Prozesse einbezogen werden. Viele Ehrenamtliche, dazu gehören auch Gemeinderäte und Ortschaftsräte leisten viel für die Stadt und sind ihr Geld wert. Damit das sichtbar wird, müssen wir unsere Arbeit transparenter und offener gestalten. In diesem Sinne wünsche ich uns gute Beratungen in den kommenden Wochen.